N i e d e r s c h r i f t

der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung am 11.06.2026

öffentlich

Ort:	**Stadthaus, Kleiner Saal, Marktplatz 2, 06108 Halle (Saale),**
Zeit:	**17:00 Uhr bis 18:26 Uhr**
Anwesenheit:	**siehe Teilnahmeverzeichnis**

Anwesend waren:

Prof. Dr. Claudia Dalbert, Vorsitzende	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Olaf Böhlke	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Alexander Raue	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Daniel Petzold	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Patricia Fromme	Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale)
Dr. Silke Burkert	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Sarah Labusga	Fraktion Volt/MitBürger
Torsten Doege	Sachkundiger Einwohner
Marion Krischok	Sachkundige Einwohnerin
Stefan Schulz	Sachkundiger Einwohner
Sabine Wolf	Sachkundige Einwohnerin, anwesend ab 17.11 Uhr

Verwaltung

René Rebenstorf	Beigeordneter für Stadtentwicklung, Umwelt und Sicherheit
Simon Kuchta	Leiter Fachbereich Umwelt
Tobias Teschner	Leiter Fachbereich Sicherheit
Sophia Waldowski	stellvertretende Protokollführerin

Entschuldigt fehlten:

Dr. Jörg Erdsack	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Thomas Schied	Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale)
Andreas Wels	Fraktion Hauptsache Halle
Tim Kehrwieder	Stadtrat
Josef Hebeda	Sachkundiger Einwohner
Johannes Menke	Sachkundiger Einwohner
Julius Neumann	Sachkundiger Einwohner
Miriam Schöps	Sachkundige Einwohnerin

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung wurde von der Ausschussvorsitzenden**, Frau Prof. Dr. Dalbert,** eröffnet und geleitet. Sie stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Prof. Dr. Dalbert sagte, dass TOP 6.1, Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Entsiegelung und experimentellen Begrünung einer Fläche am Glauchaer Platz unter der Hochstraße, vertagt werden soll. **Frau Dr. Burkert** ergänzte, dass der Antrag bis September 2026 vertagt werden soll.

Frau Prof. Dr. Dalbert machte auf eine neue Mitteilung aufmerksam: TOP 7.1, Informationen zu aktuellen Baumfällungen in der Stadt Halle (Saale).

Es gab keine weiteren Wortmeldungen zur Tagesordnung. **Frau Prof. Dr. Dalbert** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

7 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

3. Einwohnerfragestunde

4. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 21.05.2026

5. Beschlussvorlagen

6. Anträge von Fraktionen und Stadträten

7. Mitteilungen

7.1. Informationen zu aktuellen Baumfällungen in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VIII/2026/02735

8. Anfragen von Fraktionen und Stadträten

8.1. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Auffahrt zur Kanalbrücke
Vorlage: VIII/2026/02727

8.2. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Regelung des Autoverkehrs vor der

Kindertageseinrichtung „Reidekäfer“, Vorlage: VIII/2026/02728

8.3. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Sanierung der Brunnenanlage „Früchte des Meeres“, Vorlage: VIII/2026/02729

9. Anregungen

10. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 21.05.2026

11. Beschlussvorlagen

12. Anträge von Fraktionen und Stadträten

13. Mitteilungen

14. Anfragen von Fraktionen und Stadträten

15. Anregungen

zu 3 Einwohnerfragestunde

Es gab keine Einwohnerfragen.

zu 4 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 21.05.2026

Es gab keine Einwendungen gegen die Niederschrift vom 21.05.2026.

Abstimmungsergebnis: **bestätigt**

7 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen

zu 5 Beschlussvorlagen

Es lagen keine Beschlussvorlagen vor.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine Anträge von Fraktionen oder Stadträten vor.

zu 7 Mitteilungen

---

zu 7.1 Informationen zu aktuellen Baumfällungen in der Stadt Halle (Saale) Vorlage: VIII/2026/02735

Frau Prof. Dr. Dalbert informierte, dass die Mitteilung unter TOP 7.1 im Ratsinformationssystem hinterlegt ist und zur Kenntnis genommen werden kann.

zu 7.2 Herr Teschner zum Konzept der Sauberkeit in Halle-Neustadt

Herr Teschner sagte, in Halle-Neustadt gibt es vor allem in den Großwohnsiedlungen häufig Probleme mit Vermüllung, insbesondere mit Sperrmüll und Hausmüll, der den Wohnblöcken zugeordnet werden kann. Bisher reagiert die Stadtverwaltung, indem sie Verwalter oder Hauseigentümer auffordert, den Müll zu beseitigen – meist im Rahmen des Verwaltungszwangs. Obwohl diese Aufforderungen meist befolgt werden, gibt es bestimmte Wohnblöcke, die immer wieder auffällig werden und bereits medial thematisiert wurden.

Um hier nachhaltig gegenzusteuern, soll ein neuer Ansatz erprobt werden, der stärker auf Prävention und Zusammenarbeit setzt. Im Fokus steht dabei die direkte Einbindung lokaler Akteure wie Hausmeister, Verwalter, Vermieter und sogar Mieter, um die Ursachen für die Vermüllung zu ermitteln und gemeinsam Lösungen zu entwickeln. Geplant ist unter anderem die Intensivierung der bereits bestehenden Taskforce Sauberkeit, die für Sauberkeit auf Grünflächen und im öffentlichen Raum zuständig ist.

Zudem soll ein runder Tisch Sauberkeit etabliert werden, an dem Wohnungsgenossenschaften, große Vermieter, die HWS und weitere Beteiligte teilnehmen, um gemeinsame Strategien zu erarbeiten – besonders an der Schnittstelle zwischen privaten und öffentlichen Bereichen. Ein weiterer Schritt ist die Ergänzung des Frühjahrsputzes durch einen Herbstputz in Halle-Neustadt, um auch im Winter ein sauberes Umfeld zu gewährleisten. Zusätzlich ist die Einführung eines Preises für gesellschaftliches Engagement geplant, um Menschen zu würdigen, die sich aktiv für Sauberkeit einsetzen, etwa indem sie Müll anderer beseitigen oder vorbildlich entsorgen.

Das übergeordnete Ziel ist es, das Thema Sauberkeit wieder stärker in den gesellschaftlichen Fokus zu rücken. Denn Müll an öffentlichen Orten ist vermeidbar und sollte nicht als selbstverständlich hingenommen werden. Jeder Einzelne kann durch ordnungsgemäße Müllentsorgung einen Beitrag leisten. Die Stadt Halle will durch präventive und kooperative Maßnahmen langfristig eine Verbesserung erreichen und nicht aufgeben.

Frau Krischok fragte zur geplanten Verstärkung der Taskforce Sauberkeit: Ursprünglich war eine Erhöhung von 8 auf 15 Mitarbeiter angekündigt. Sie fragte, wann und in welchem Umfang die Aufstockung tatsächlich umgesetzt wird. Sie sagte, ein runder Tisch Sauberkeit in Halle-Neustadt ist geplant, allerdings ist dessen Dauer begrenzt. Zudem fragte sie sich, ob ähnliche Initiativen auch in anderen Stadtteilen sinnvoll wären, in denen Sauberkeit ein Problem darstellt.

Den Herbstputz sieht sie als sinnvolle Ergänzung zum Frühjahrsputz, um ganzjährig für Sauberkeit zu sorgen. Ein weiterer Punkt ist die Aufklärungskampagne für Menschen, die aus Kulturen stammen, in denen Müllentsorgung anders gehandhabt wird – etwa durch das Entsorgen von Müll über Fenster. Hier sollte geprüft werden, ob präventive Maßnahmen wie Bildungsarbeit oder Sensibilisierung helfen können, um Missverständnisse und kulturell geprägte Verhaltensweisen zu ändern. Bisher gibt es dazu noch keine konkreten Pläne.

Herr Teschner sagte, aktuell besteht die Taskforce Sauberkeit aus sechs Personen. Eine schrittweise Aufstockung auf acht Mitarbeiter ist angestrebt, allerdings ohne konkretes Datum. Die Umsetzung hängt von Freiwilligen ab, die durch das Angebot – etwa Integration, zusätzliche Vergütung oder Sprachförderung – gewonnen werden sollen. Die Strukturierung des Projekts, wie Fahrzeuge oder Ausrüstung, erfordert zudem Zeit.

Der runde Tisch Sauberkeit startet zunächst in Halle-Neustadt, da dieser Stadtteil besonders stark von Vermüllung und strukturellen Problemen betroffen ist. Sollte das Konzept

erfolgreich sein, könnte es auf andere Stadtteile ausgeweitet werden. Zur Aufklärung über korrekte Müllentsorgung – insbesondere bei kulturell geprägten Verhaltensweisen – gibt es noch keine fertigen Lösungen. Geplant sind Maßnahmen wie gezielte Beschilderung, Zusammenarbeit mit der HWS, Aufklärung über Vermieter oder Hausmeister sowie Bildungsarbeit in Kindergärten und Schulen, um Familien zu erreichen. Ein Patentrezept gibt es nicht, aber der Ansatz soll durch präventive und dialogorientierte Methoden verbessert werden.

Frau Dr. Burkert fragte, ob Parkpatenschaften als Modell ausgeweitet werden könnten – ähnlich wie im Volkspark, wo ein Bürger regelmäßig für Ordnung sorgt, Pflanzen pflegt und dabei von der Stadt unterstützt wird. Solche Initiativen könnten stärker beworben und ausgebaut werden, um Bürger ohne eigenen Garten die Möglichkeit zu geben, sich gemeinschaftlich für Sauberkeit und Grünflächen einzusetzen. Die Stadt könnte diese Projekte gezielt fördern und unterstützen.

Herr Teschner sagte, es gibt bereits Bürger, die freiwillig Müll sammeln, etwa in Halle-Neustadt, nahe dem Treff. Bei einer solchen Gelegenheit haben sich spontan drei Personen beteiligt, und die Initiative wurde als sehr positiv bewertet. Allerdings wird diskutiert, ob formelle Parkpatenschaften der Stadt wirklich sinnvoll sind. Freiwillige, intrinsisch motivierte Aktionen könnten effektiver sein als verpflichtende Programme, bei denen Paten möglicherweise das Gefühl haben, gegen ständige Vermüllung durch andere ankämpfen zu müssen – etwa nach Partys. Besonders bei großen Flächen wie Parks ist die Umsetzung weniger greifbar und könnte zu Frustration führen. Solche Patenschaften könnten gut funktionieren, wenn sie klar abgegrenzte Bereiche wie Bäume oder Spielplätze umfassen.

Frau Dr. Burkert sagte, der Bürger betonte, wie positiv es war, dass die Stadt ihn bei der Pflege von Bäumen und anderen grünen Arbeiten unterstützt hat.

Herr Teschner sagte, man möchte den Bürger nicht verpflichten, dass er jede Woche dort aufräumen muss.

Frau Dr. Burkert sagte, es ging nicht darum, Bürger zu kontrollieren, sondern darum, ihr Engagement durch die Stadtverwaltung zu unterstützen. Ein Beispiel aus Reideburg zeigt, dass Bürger die Wiese am Dorfteich für Feierlichkeiten nutzen und dabei selbst für Sauberkeit sorgen. Allerdings müssen sie hohe Gebühren zahlen, was als unnötig kritisiert wird. Sie fragte, ob städtische Flächen für solche kleinen, positiven Veranstaltungen wirklich mit hohen Gebühren belegt werden sollten. Besonders wenn Bürger, die den öffentlichen Raum pflegen und sauber halten, könnte eine Gebührenbefreiung oder -reduzierung sinnvoll sein, um ihr Engagement zu fördern. Ähnliche Überlegungen gab es bereits beim Planetarium Kanena, wo eine Einigung erzielt wurde.

Herr Kuchta sagte, der konkrete Fall ist ihm nicht bekannt, aber es handelt sich vermutlich um die Grünflächenbenutzungssatzung, die einen Gleichbehandlungsgrundsatz vorsieht. Gebühren müssen daher für alle gleich erhoben werden, unabhängig davon, wer die Veranstaltung durchführt. Ehrenamtliches Engagement wird kostenfrei ermöglicht, während bei kommerziellen oder gewinnbringenden Veranstaltungen Gebühren anfallen – gestaffelt nach der benötigten Fläche. Eine Ausnahme für bestimmte Gruppen oder Veranstalter ist nicht möglich, da die Gebührenregelung für alle gleich gelten muss.

Herr Raue fragte, ob man den Namen von Taskforce Sauberkeit in Einsatzgruppe Sauberkeit ändern könnte.

Herr Teschner verneinte das.

Herr Raue fragte nach der Begründung der Ablehnung.

Herr Teschner sagte, dass es dafür keine spezielle Begründung gibt.

Herr Raue sagte, dass es einen Grund für die Verwendung deutscher Begriffe gibt: In Deutschland leben wir mit der deutschen Sprache, wo deutsche Begriffe präzise und verständlich eingesetzt werden. Er sagte, die Ordnung und Sauberkeit in den Quartieren ist eine wichtige Aufgabe, die auch von der Einsatzgruppe überwacht werden soll. Allerdings ist diese Gruppe klein, und eine Aufstockung gestaltet sich schwierig.

Das Quartiersmanagement könnte hier eine größere Rolle spielen, da es mit zwei Personen besetzt ist und unter anderem den Frühjahrsputz koordiniert. Diese Mitarbeiter kennen die Brennpunkte in ihrem Bereich und sollten eigentlich Müllvorkommen identifizieren und Rückmeldung an die Stadt geben. Allerdings wird kritisiert, dass ihre Tätigkeit oft eher bürokratisch oder passiv ist. Es regte an, dass die im Quartiersmanagement tätigen Personen – die durch städtische Fördermittel finanziert werden – ihre Aufgaben proaktiver wahrnehmen sollten.

Da sie nicht ehrenamtlich arbeiten und auch nicht fürs „Rumsitzen“ bezahlt werden, gehört es zu ihren Pflichten, die Stadt aktiv zu unterstützen. Kritisch wird zudem die Verquickung von Interessen hinterfragt: Ein Netzwerk wie die AWO-SPI ist linkssozialistisch geprägt, während gleichzeitig ein Familienmitglied der Stadtverwaltungsspitze dort beschäftigt ist. Zudem werden Aufträge vergeben, was Fragen nach möglichen Interessenkonflikten oder mangelnder Neutralität aufwirft.

Frau Prof. Dr. Dalbert erinnerte daran, sich auf das eigentliche Thema zu konzentrieren.

Herr Raue sagte, es gibt bisher keine zufriedenstellenden Ergebnisse, und das soll sich ändern. Zudem kritisierte er, dass der Vertrag für das Quartiersmanagement möglicherweise falsch vergeben wurde. Er fragte, wie die Zusammenarbeit mit dem Quartiersmanagement aktuell aussieht und wie viele Personen dort tatsächlich eingesetzt sind – ob es zwei oder nur eine Person ist.

Frau Prof. Dr. Dalbert wies darauf hin, dass die Stadtverwaltung Auskunft zur Zusammenarbeit geben kann. Sie betonte, dass Themen wie Einstellungen, Verträge und Aufgaben der Quartiersmanager nicht in die Zuständigkeit des Ausschusses fallen.

Herr Teschner erklärte, dass das Quartiersmanagement beispielsweise beim Herbstputz eingebunden wird. Für den geplanten Ehrenpreis gebe es bereits Ideen, allerdings stehe die konkrete Umsetzung noch nicht fest. Auch der „Runde Tisch Sauberkeit“ sei bisher nur eine Überlegung – Ort, Art der Durchführung und Teilnehmer sind noch unklar.

zu 7.3 Herr Teschner zum Zufahrtsschutzsystem

Herr Teschner sagte, wie in den Medien berichtet und in der Diskussion zur Kleinen Ulrichstraße aufgegriffen, wurden Teile des Entwurfs des Untersuchungsausschusses zum Anschlag in Magdeburg bekannt. Dieser Entwurf deutet darauf hin, dass die politische Verantwortung für den Anschlag vor allem bei der Stadt gesehen wird – nicht primär juristisch, sondern strukturell. Die Stadt hätte durch andere Regelungen, etwa beim Zufahrtsschutzsystem, präventiv handeln können. Auch das Land und die Polizei werden teilweise in die Pflicht genommen.

Bisher wurde der Zufahrtsschutz in Halle ohne klare rechtliche Grundlage umgesetzt, was sich jedoch als sinnvoll erwiesen hat. Er ermöglicht Veranstaltungen wie den

Weihnachtsmarkt oder das Laternenfest sicherer zu gestalten, ohne dass eine pauschale Terrorgefahr besteht. Sollte der Abschlussbericht des Ausschusses diese Einschätzung bestätigen, könnte die Stadt politisch in der Verantwortung stehen und müsste nachbessern.

Aktuell war das Zufahrtsschutzsystem bereits bei den Händelfestspielen und parallel in Leipzig im Einsatz, um das Stadtfest zu unterstützen. Zudem wird eine Allgemeinverfügung für Wahl-Informationsstände zur Landtagswahl vorbereitet, um Anmeldeverfahren zu vereinfachen. Die Anzahl der Sirenen wird auf 20 erhöht – bisher sind 18 installiert – um eine bessere flächendeckende Warnung zu gewährleisten. Ein Testlauf ist für den bundesweiten Warntag am 10. September geplant. Damit soll die angestrebte Grundabdeckung erreicht werden, auch wenn eine vollständige Lösung noch nicht final umgesetzt ist.

Herr Doege sagte, die Position der nördlichen Zufahrtssperre in der Kleinen Ulrichstraße empfindet er als ungünstig, da sich nördlich davon ein Café, eine Pizzeria und ein asiatisches Restaurant befinden, wo sich viele Menschen im Straßenraum aufhalten. Er schlug vor, die Sperre weiter vorne – etwa an der Bergstraße – zu platzieren, um die Situation zu verbessern.

Herr Teschner sagte, es gibt gute Gründe für die aktuelle Umsetzung der Zufahrtssperren in der Kleinen Ulrichstraße. Die Positionierung orientiert sich an der bestehenden Beschilderung, um den Verkehr in Richtung Kleine Schlossgasse abfließen zu lassen. Wäre dies nicht der Fall, könnte es zu erneuten Verkehrsproblemen kommen, möglicherweise sogar mit dem Verlust von fast 20 Parkplätzen. Bei der Gestaltung wurde auch berücksichtigt, dass Anwohner weiterhin Zugang zu ihren Höfen und Stellplätzen haben müssen. Die jetzige Lösung ist effektiv, um Durchfahrten zu verhindern und die Kleine Schlossgasse als Ausweichroute unattraktiv zu machen. Zwar gibt es im Umfeld noch einzelne Freiflächen, aber im Kern der Ulrichstraße sind Durchfahrten damit unterbunden.

Herr Raue fragte, wie man die Menschen über die verschiedenen Sirenensignale aufklären kann.

Herr Teschner sagte, es gibt bereits ein Informationsblatt, das die verschiedenen Sirenensignale erklärt. Dieses wird gerade überarbeitet, und es steht noch nicht fest, wie es am besten verbreitet wird – ob über das Amtsblatt, soziale Medien oder andere Kanäle. Ziel ist es, möglichst viele Menschen zu erreichen, insbesondere diejenigen, die sich normalerweise nicht aktiv informieren. Das Problem ist bekannt: Wie erreicht man diejenigen, die keine Eigeninitiative zeigen und sich nicht für Themen wie Katastrophenschutz oder Selbstvorsorge interessieren? Wer gezielt sucht, findet Informationen problemlos, aber die Herausforderung besteht darin, diejenigen zu erreichen, die sich nicht informieren wollen.

Die Aufklärung über Sirenensignale und Resilienz ist für die nächsten Wochen geplant, da hier ein großer Nachholbedarf besteht – nicht nur in Halle, sondern generell. Viele Bürger gehen selbstverständlich davon aus, dass Geschäfte, Strom und Versorgung immer verfügbar sind, ohne sich Gedanken über mögliche Ausfälle oder Vorsorgemaßnahmen zu machen. Bei öffentlichen Veranstaltungen zeigt sich dieses Phänomen besonders: Es erscheinen oft dieselben Personen, während neue oder uninteressierte Gruppen fehlen. Die Frage bleibt, wie man diese Zielgruppe erreichen kann.

Frau Dr. Burkert fragte, wo die beiden neuen Sirenen installiert wurden. Sie findet es positiv, dass sich die Stadt gut aufgestellt hat und zukunftsorientiert agiert. Besonders gut gefällt ihr die kooperative Zusammenarbeit, etwa mit Leipzig und Merseburg bei Veranstaltungen – das ist aus ihrer Sicht der richtige Weg. Beim letzten Weihnachtsmarkt sind ihr jedoch die Sperren auf den Straßenbahnlinien aufgefallen, die für die Fahrer eine erhebliche Belastung darstellten. Diese Sperren führten zu Verzögerungen und beeinträchtigten den Straßenbahnverkehr. Zudem war die Montage –

das Einbauen der Sperren in die Steine – sehr aufwendig. Sie fragte, ob diese Lösung auch in diesem Jahr wieder so umgesetzt wird oder ob es dafür eine Vereinfachung geben soll.
Herr Teschner sagte, es wurde intensiv überlegt, wie die Straßenbahn während des Weihnachtsmarkts gesichert werden kann, ohne den Betrieb komplett einzustellen. Da der Marktplatz ein zentraler Verkehrsknotenpunkt ist und zwölf Straßenbahnlinien – davon zehn direkt über den Marktplatz – mit etwa 750 Durchfahrten täglich verkehren, wäre eine Schließung keine Option. Die meisten Gäste kommen ohnehin mit der Bahn, und auch Schüler oder Pendler sind auf die Zuverlässigkeit des Systems angewiesen.

Nach langen Diskussionen gemeinsam mit der HAVAG wurde eine Lösung entwickelt, die es ermöglicht, eine Straßenbahnlinie fahren zu lassen, während gleichzeitig Autos ausgesperrt werden. Diese Lösung gilt als effektiv, auch wenn der Aufbau aufgrund der schweren Platten und der aufwendigen Montage sehr komplex ist. Falls jemand eine bessere Alternative hat, ist man offen für Vorschläge – aber bisher scheint die gefundene Lösung die beste Option zu sein. Zu den Standorten der zwei Sirenen sicherte er eine schriftliche Antwort zu.

Herr Petzold sagte, ihn beschäftigt weniger die Absicherung von Veranstaltungen, sondern vielmehr der alltägliche Bereich – insbesondere der Marktplatz, der ständig von Autos befahren wird. Er fragte, wie man in unvorhergesehenen Situationen, etwa bei einem gesundheitlichen Notfall, agieren kann, da der Marktplatz aktuell nicht abgesichert ist. Zwar gibt es Überlegungen, ob sich durch die verstärkte Absicherung bei Festen möglicherweise Verkehrsverlagerungen ergeben könnten, doch der Fokus sollte darauf liegen, auch im normalen Stadtbild mehr Abschirmcharakter zu schaffen – etwa durch gezielte Zufahrtsregelungen für Geschäfte und Cafés. Konkrete Lösungen sind noch nicht ausgearbeitet, aber es scheint ein wichtiger Sicherheitsaspekt zu sein, der bisher zu wenig Beachtung fand.

Herr Teschner sagte, er sieht den Begriff „vernachlässigt“ kritisch, da eine komplette bauliche Trennung zwischen Fußverkehr und Autoverkehr nie geplant war und auch kaum umsetzbar ist. Man ist zwar noch nicht am Ende der Möglichkeiten, aber es wird immer Situationen geben, in denen Autos – etwa aus medizinischen oder psychischen Notfällen – gezielt auf Menschen treffen können. Das Risiko besteht überall, wo sich Haltestellen oder Menschenansammlungen befinden. Natürlich arbeiten wir daran, die Stadt noch sicherer zu gestalten.

Allerdings ist die Lösung, wie sie beim Weihnachtsmarkt umgesetzt wird, nicht ganzjährig möglich – schon allein wegen des notwendigen Lieferverkehrs, der Taxen, Rettungswagen, Feuerwehr, Polizei, Krankenfahrten und Handwerker. Der Marktplatz in der Leipziger Straße ist ein zentraler Verkehrsknotenpunkt, und eine dauerhafte Absperrung wäre extrem aufwendig. Leipzig hat gezeigt, dass nicht jede Veranstaltung eine Lösung sein muss, und er will auch nicht behaupten, dass man bereits alles optimal gelöst hat. Man ist sich der Problematik bewusst und denkt weiter darüber nach, aber aktuell gibt es noch keine konkreten Pläne für Veränderungen.

zu 7.4 Herr Kuchta zum Themenspeicher

Herr Kuchta informierte zum Themenspeicher. Das Klimaschutzkonzept der Stadtverwaltung hat einen Wechsel der Zuständigkeiten erfahren. Die CO_2-Bilanzierung steht kurz vor dem Abschluss, und die Termine für die Öffentlichkeitsbeteiligung werden derzeit abgestimmt. Diese soll voraussichtlich kurz nach der Sommerpause stattfinden, mit dem Ziel, das Konzept noch in diesem Jahr einzubringen. Die Rückmeldungen aus der Öffentlichkeitsbeteiligung werden dabei berücksichtigt. Zwei weitere Projekte sind das

Toilettenkonzept und der Energiebericht zu den städtischen Liegenschaften. Beide sollen voraussichtlich im September im Ausschuss vorgestellt werden.

Frau Prof. Dr. Dalbert fragte zum Klimaschutzkonzept, ob dies vor oder nach der Öffentlichkeitsbeteiligung im Ausschuss vorgestellt werden soll.

Herr Kuchta sagte, dass es danach in den Ausschuss eingebracht werden soll.

Herr Doege fragte zum Sachstand der Liste der Naturdenkmäler.

Herr Kuchta sicherte eine schriftliche Antwort zu.

zu 8 Anfragen von Fraktionen und Stadträten

---

zu 8.1 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Auffahrt zur Kanalbrücke Vorlage: VIII/2026/02727

Frau Prof. Dr. Dalbert informierte, dass die Antwort der Verwaltung unter TOP 8.1 im Ratsinformationssystem hinterlegt ist und zur Kenntnis genommen werden kann.

Frau Dr. Burkert fragte nach den genauen Planungen zur Anpassung der Wegführung zu der Brücke, insbesondere welche Zeitschiene angedacht ist und welches Material vorgesehen ist.

Herr Rebenstorf antwortete, dass derzeit aus personellen und finanziellen Gründen keine weiteren Planungen möglich sind.

zu 8.2 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Regelung des Autoverkehrs vor der Kindertageseinrichtung „Reidekäfer“ Vorlage: VIII/2026/02728

Frau Prof. Dr. Dalbert informierte, dass die Antwort der Verwaltung unter TOP 8.2 im Ratsinformationssystem hinterlegt ist und zur Kenntnis genommen werden kann.

zu 8.3 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Sanierung der Brunnenanlage „Früchte des Meeres“, Vorlage: VIII/2026/02729

Frau Prof. Dr. Dalbert informierte, dass die Antwort der Verwaltung unter TOP 8.3 im Ratsinformationssystem hinterlegt ist und zur Kenntnis genommen werden kann.

zu 8.4 Frau Fromme zur Leipziger Chaussee

Frau Fromme sagte, auf einem Teil der Straße gilt ein Tempolimit von 30 km/h – allerdings nur für eine Straßenseite. Beide Seiten sind jedoch stark von Schlaglöchern übersät. Sie fragte, ob man die Schlaglöcher auf der anderen Seite markieren kann, damit sie für Autofahrer sichtbarer werden.

Herr Rebenstorf sicherte eine schriftliche Antwort zu.

zu 8.5 Frau Krischok zu Baumaßnahmen der FF Nietleben

Frau Krischok fragte, welches Objekt als Ausweichobjekt für die Zeit der Baumaßnahmen der Freiwilligen Feuerwehr Nietleben vorgesehen ist?

Herr Teschner sagte, dass er dazu noch keine konkrete Antwort geben kann.

Frau Krischok fragte, ob über das Ergebnis der Verhandlungen informiert werden kann.

Herr Teschner bejahte das.

zu 8.6 Frau Krischok zum Weihnachtsmarkt

Frau Krischok fragte, wie viele Bewerbungen es für den diesjährigen Weihnachtsmarkt gibt und ob es Einschränkungen auf Grund der Baumaßnahmen auf dem Marktplatz geben wird.

Herr Teschner sagte, dass 114 Bewerbungen eingegangen sind.

Herr Rebenstorf sagte, dass die Baumaßnahmen im Oktober beendet werden sollen und es keine Einschränkungen für den Weihnachtsmarkt geben wird.

zu 8.7 Frau Krischok zum Weihnachtsmarkt am Hallmarkt

Frau Krischok fragte, wie viele Bewerbungen für den Weihnachtsmarkt am Hallmarkt eingegangen sind.

Herr Teschner sagte, dass zwei Bewerbungen eingegangen sind.

zu 8.8 Frau Dr. Burkert zu Kosten des Bewohnerparkens

Frau Dr. Burkert fragte, ob das Bewohnerparken teurer werden soll.

Herr Rebenstorf bestätigte, dass es Forderungen dazu gibt, jedoch noch keine weiteren Maßnahmen dazu ergriffen wurden.

zu 8.9 Frau Dr. Burkert zu Kontrollen

Frau Dr. Burkert erkundigte sich nach den Konsequenzen, die aus den Großkontrollen am 10. Juni 2026 gezogen werden.

Herr Teschner sagte, dass die Kontrolle von der Polizei durchgeführt wurde und ihm nicht ganz klar ist, welche Konsequenzen sie Stadtverwaltung daraus ziehen soll.

Frau Dr. Burkert sagte, dass ein Austausch mit der Polizei zu dieser Kontrolle sinnvoll ist, was besonders auffällig war und was die Stadtverwaltung vorbeugend tun kann.

Herr Teschner sagte, dass man sich melden möchte, wenn es Auffälligkeiten struktureller Natur gibt.

zu 8.10 Frau Wolf zur Georgstraße

Frau Wolf fragte zu den Neupflanzungen in der Georgstraße. Die Antwort der Verwaltung passt nicht mit den tatsächlichen Gegebenheiten vor Ort überein. Sie fragte nach näheren Informationen zu den dort verlegten Leitungen.

Herr Kuchta erklärte, man habe versehentlich die gegenüberliegende Straßenseite in der Georgstraße im Blick gehabt, und entschuldigte sich für die entstandene Verwirrung. Zudem wies er darauf hin, dass die Baumscheiben dort sehr alt sind und kaum Platz für Wurzelwachstum bieten. Daher sei die Einschätzung der Kollegen von der Grünfläche nachvollziehbar, dass eine Baumpflanzung an dieser Stelle voraussichtlich nicht erfolgreich wäre.

Frau Wolf fragte, ob man die Bänke in der Georgstraße erneuern kann, da diese stark ramponiert sind.

Herr Kuchta sagte eine schriftliche Antwort zu.

zu 8.11 Frau Wolf zu Neupflanzungen

Frau Wolf sagte, am Einkaufszentrum in der Krausenstraße sind einige Bäume abgestorben. Diese Bäume waren jedoch als Ersatzpflanzungen im Rahmen des Bebauungsplans vorgesehen.

Herr Kuchta erklärte, dass der Eigentümer die Bäume eigentlich bereits im Oktober hätte nachpflanzen müssen. Da dies nicht geschehen sei, habe man dem Eigentümer eine Frist bis zum 15. Juni gesetzt.

zu 8.12 Frau Labusga zum Leitbild Wald

Frau Labusga fragte, wann das Leitbild Wald im Ausschuss vorgestellt wird.

Herr Kuchta sagte, dass es dazu eine Information nach der Sommerpause geben wird, wann die Vorlage im Ausschuss vorgestellt werden kann.

zu 8.13 Herr Doege zur Jahnhöhle

Herr Doege sagte, dass die Jahnhöhle stark verunreinigt ist und er fragte, ob sich jemand die Situation vor Ort ansehen kann.

Die Verwaltung nahm die Anfrage auf.

zu 8.14 Herr Doege zu Baustellen

Herr Doege teilte mit, dass die Martinstraße mittlerweile vollständig gesperrt sei, und schlug vor, Radfahrer, die vom Riebeckplatz kommen, entsprechend über die Sperrung zu informieren. Außerdem erkundigte sich nach dem Stand der Baustelle an der Saalepromenade. Ihm fiel auf, dass es dort nicht recht voranschreitet, und fragte nach möglichen Verzögerungen und dem aktuellen Sachstand.

Herr Kuchta sagte zur Saalepromenade, dass der Winter erheblich strenger war als gedacht. Aus diesem Grund gab es eine leichter Verzögerung. Man geht davon aus, dass man spätestens bis zum Laternenfest fertig sein wird.

Herr Rebenstorf sagte eine schriftliche Antwort zur Saalepromenade zu.

zu 8.15 Herr Petzold zur Scharnhorststraße

Herr Petzold wies darauf hin, dass das Gras in der Scharnhorststraße sehr hochgewachsen sei, und fragte, ob man sich das anschauen kann.

Herr Kuchta sagte eine kurzfristige Klärung zu.

zu 8.16 Herr Petzold zur Louis-Braille-Straße

Herr Petzold bemängelte erneut die Situation rund um das Parken während der Heimspiele des HFC in der Louis-Braille-Straße. Die Situation ist für Anwohner und Rettungsfahrzeuge eine hohe Herausforderung. Es muss unbedingt eine Lösung herbeigeführt werden.

Herr Teschner sagte, dem widerrechtlichen Parken kann durch gezielte Kontrollen des ruhenden Verkehrs begegnet werden – eine Ausweitung des Verkehrskonzepts ist hierfür nicht nötig. Der Bereich soll zudem bei den nächsten Heimspieltagen gezielt überprüft werden.

zu 8.17 Herr Raue zu einem Radweg

Herr Raue erkundigte sich zum begleitenden Radweg an der Magistrale, Höhe Schwimmhalle. Dort ist ein Richtungspfeil parallel zur Fahrbahn markiert. Er fragte, ob es eine Vorschrift gibt, die vorschreibt, dass Radfahrer sich zwingend parallel zum anschließenden Verkehr bewegen müssen – oder ob das Befahren des Radwegs parallel zur Magistrale in beide Richtungen erlaubt ist.

Herr Rebenstorf sagte, es gibt einen Richtungsradweg und Zweirichtungsradwege. Wenn der Pfeil in eine Richtung zeigt, fährt man in diese Richtung.

Herr Teschner sagte, dass ein Verkehrszeichen aufzeigt, ob es sich um einen Zweirichtungsradweg handelt. Ansonsten gilt auch auf dem Radweg Rechtsverkehr.

zu 8.18 Herr Raue zum Bevölkerungsschutz

Herr Raue sagte, vor anderthalb Jahren wurde bereits das Thema angesprochen und ein entsprechender Antrag im Unterausschuss Bevölkerungsschutz gestellt. Dabei geht es um die Unterscheidung zwischen Bevölkerungsschutz und Katastrophenschutz, da beide zwar ähnlich erscheinen, aber unterschiedliche Herausforderungen und Maßnahmen erfordern – insbesondere bei Großschadenereignissen.

Es wurde mitgeteilt, dass es sich um eine übertragene Aufgabe handelt, die zur Sicherheitsvorsorge zählt. Allerdings gibt es wenig Transparenz und Kontrollmöglichkeiten für die Stadträte, ob die notwendigen Maßnahmen tatsächlich umgesetzt werden. Unklarheit

oder Unkenntnis könnte hier eine Rolle spielen. Er fragte, welches Ressort in der Stadtverwaltung für den Bevölkerungsschutz zuständig ist.

Herr Teschner sagte, die Zuständigkeit für das Thema liegt beim Fachbereich Sicherheit. Allerdings besteht das Hauptproblem darin, dass über Jahrzehnte hinweg kaum Maßnahmen ergriffen wurden. Diese Versäumnisse lassen sich nicht innerhalb kurzer Zeit aufholen. Aktuell werden erste Schritte unternommen, wie die Installation von Sirenen oder die Erarbeitung eines Zivilschutzkonzepts. Zudem soll Aufklärungsarbeit geleistet werden. Bisherige Fortschritte, insbesondere bei der Alarmierung, sind vorhanden, doch das Thema Zivilschutz – im Gegensatz zum Katastrophenschutz – hatte in den letzten 30 Jahren bundesweit nur eine untergeordnete Bedeutung.

Die Stadt befindet sich derzeit noch in einer Findungsphase. Es besteht ein klarer Nachholbedarf, der nicht nur den Zivilschutz betrifft. Die Bevölkerung, insbesondere der einzelne Bürger, ist heute weniger resilient und widerstandsfähig als früher. Viele erwarten, dass der Alltag trotz möglicher Krisen (z. B. Pandemien, Blackouts) normal weiterläuft, ohne sich ausreichend vorzubereiten. Die Vergangenheit hat jedoch gezeigt, dass Vorbereitung auf verschiedene Szenarien – wie einen Blackout, der die Stromversorgung, Kommunikation, Lebensmittelversorgung und den Geldverkehr beeinträchtigen kann – essenziell ist.

Es wurden bereits erste Maßnahmen ergriffen, etwa der Aufbau von Netzersatzanlagen, die Einrichtung von Einspeisepunkten, Aufklärungsarbeit sowie die Planung von Leuchtturmprojekten und späteren Informations- und Kommunikationspunkten. Dennoch steht man noch am Anfang und ist sich bewusst, dass dies ein langfristiger Prozess ist – und nicht nur Halle betrifft.

Herr Raue sagte, dass das Thema zwar bereits mehrfach angemahnt wurde, aber weiterhin als sehr wichtige Aufgabe gilt. Man traut Herrn Teschner zu, diese couragiert anzugehen. Allerdings sind damit hohe Investitionen, aufwendige Maßnahmen und lange Planungs- und Umsetzungszeiten verbunden. Wer heute handelt, schützt sich in fünf oder zehn Jahren – doch die verbleibende Zeit ist knapp, da bereits viel Zeit verloren ging. Er fragte wer die nächste Hierarchie-Ebene ist, an die man sich wenden könnte, ohne dabei Kritik üben zu wollen. Zudem interessiert, ob es neue Fördermittel von Land oder Bund gibt, um Großstädte wie Halle in Sachsen-Anhalt bei dieser Aufgabe zu unterstützen, da solche Vorhaben finanziell allein kaum zu stemmen sind.

Herr Teschner sagte, die nächsthöhere Instanz ist das Landesverwaltungsamt. Es existieren zwar verschiedene Fördertöpfe, darunter Mittel aus einem Sondervermögen, doch die Verteilung ist noch nicht final beschlossen. Ein Teil dieser Mittel soll in den Zivil- und Katastrophenschutz fließen, wobei die Grenzen zwischen beiden Bereichen oft fließend sind, da Maßnahmen häufig deckungsgleich mit denen des abwehrenden Brandschutzes oder der Feuerwehr sind.

Sowohl auf Bundesebene als auch auf Landesebene gibt es zwar geplante Förderprogramme – etwa für die Beschaffung von Netzersatzanlagen und Notstromaggregaten –, doch die konkrete Ausgestaltung und Mittelvergabe sind noch nicht abgeschlossen. Beide Ebenen befinden sich noch in der Findungsphase. Beispielhaft wird die Ausstattung der Freiwilligen Feuerwehren genannt: Hier sollen Solaranlagen mit Speichern installiert werden, um im Ernstfall autark zu sein. Im Winter wäre jedoch zusätzlich ein Anschluss an eine Netzersatzanlage nötig.

Solche Maßnahmen sind zwar nicht extrem kostspielig und rechnen sich auch im Regelbetrieb, doch die genauen Förderkontingente und -bedingungen stehen noch nicht fest. Die Verzögerung liegt nicht bei der Stadt, sondern an der noch nicht geklärten Verteilung der

Mittel durch Bund und Land – etwa nach dem Königsteiner Schlüssel. Auch bei der Nachrüstung von Sirenen gibt es bereits Fördermöglichkeiten, die genutzt werden, doch die Umsetzung ist noch nicht abgeschlossen. Insgesamt bleibt die Situation dynamisch und hängt von übergeordneten Entscheidungen ab

Herr Raue sagte, es gibt zwar das Sondervermögen, das bereits verplant ist, doch darüber hinaus sind Bund und Land gefordert, zweckgebundene Mittel für Beschaffungen oder Umrüstungen bereitzustellen. Bisher gibt es jedoch keine konkreten Ankündigungen oder Informationen zu solchen Fördermitteln. Er fragte, ob Herr Teschner als zuständiger Fachbereichsleiter als Erster über entsprechende Rundschreiben des Landesverwaltungsamts oder des Landes informiert würde, falls solche Mittel bereitgestellt werden.

Herr Teschner sagte, die Informationen kommen schrittweise: Für Sirenen gibt es bereits Fördermittel, die in den letzten Jahren bewilligt wurden. Diese Mittel können sowohl für den Katastrophenschutz als auch für den Zivilschutz genutzt werden, da die Alarmierung der Bevölkerung in beiden Fällen eine zentrale Aufgabe der Kommunen ist. Grundsätzlich ist der Zivilschutz zwar eine Bundesaufgabe, aber die Alarmierung sowie der Selbstschutz zählen zu den Kernaufgaben der Gemeinden. Es existieren bereits Fördermittel für solche Maßnahmen, allerdings in begrenztem Umfang. So wurden beispielsweise bereits leistungsfähige Netzersatzanlagen vom Land bereitgestellt – ob zukünftig eine anteilige Förderung für eigene Beschaffungen oder eine direkte Bereitstellung der Anlagen erfolgt, ist noch nicht abschließend geklärt. Dennoch flossen bereits in den Vorjahren Mittel für solche Zwecke.

Herr Raue sagte, Da es sich um eine komplexe und umfangreiche Aufgabe handelt, die zahlreiche Aspekte berücksichtigen muss, stellt sich die Frage, ob diese Aufgabe allein oder mit Unterstützung von Personal bewältigt wird. Angesichts der Größe der Stadt erscheint es notwendig, dass im zuständigen Amt mindestens eine kleine Arbeitsgruppe eingerichtet wird, die sich gezielt mit diesen Themen befasst. Zudem schlug er vor, eine regelmäßig tagende Arbeitsgruppe mit Betreibern kritischer Infrastrukturen zu bilden. Diese könnte Sicherheitsaspekte, Notfall- und Schutzpläne gemeinschaftlich erarbeiten, um die Herausforderungen besser zu bewältigen. Eine solche Zusammenarbeit wäre sinnvoll, da die Aufgabe allein kaum zu stemmen ist.

Herr Teschner sagte, dass die Aufgabe nicht allein bewältigt wird, auch wenn der Eindruck entstehen könnte. Mit 570 Vollzeitstellen in der Verwaltung gibt es durchaus Mitarbeiter, die verschiedene Bereiche abdecken. Allerdings liegt der Fokus der meisten Stellen nicht auf Zivil- oder Katastrophenschutz – das Personal ist knapp bemessen. Aktuell sind drei Stellen in diesem Bereich aktiv, was aktuell ausreichend erscheint, auch wenn dies diskutabel ist. Entscheidend ist, die Aufgabe strukturiert und langfristig anzugehen, da der Aufbau von Resilienz in der Bevölkerung Zeit braucht. Bisher wurde konzeptionell bereits der Weg geebnet. Zudem wurde darauf hingewiesen, dass der Stellenplan die Zuständigkeiten festhält: Dort ist der Zivilschutz anteilig als halbe Stelle integriert.

Herr Raue regte an, dass die Stadträte regelmäßig über den Stand der Maßnahmen informiert werden sollten, etwa durch eine Informationsvorlage. Darüber hinaus stellt sich die Frage, wie sachkundige Einwohner oder Stadträte aktiv mitwirken können – etwa durch die Einbindung in eine Arbeitsgruppe, die sich mit dem Thema befasst. Eine solche Gruppe könnte auch informell agieren, um sachliche Diskussionen zu ermöglichen und zu verhindern, dass Anträge – wie etwa von der AfD – ohne fundierte Prüfung abgelehnt werden. Ziel wäre, dass Hinweise und Expertise nicht nur von Einzelpersonen, sondern auch von engagierten Bürgern eingebracht werden können, um eine breitere Beteiligung und fundierte Entscheidungsgrundlagen zu schaffen.

Herr Teschner sagte, der überwiegende Teil der Aufgaben fällt in den übertragenen Wirkungskreis, der einen zentralen Bestandteil der Arbeit darstellt und sich nicht ändern lässt. Die Verwaltung ist grundsätzlich bereit, zu informieren, und ein Großteil der Themen ist kein Geheimnis. Es wird vorgeschlagen, im Ausschuss Teilaspekte zu diskutieren, um eine fokussiertere Herangehensweise zu ermöglichen. Bei der Frage, wie Unterstützung aussehen könnte, betonte er, dass eine Priorisierung der Fragestellungen hilfreich wäre. Aktuell bindet die Beantwortung von Anfragen – auch wenn das Fragerecht besteht – wertvolle Ressourcen, die an anderer Stelle dringender benötigt werden. Da Arbeitszeit nur begrenzt zur Verfügung steht, führt die Beschäftigung mit weniger prioritären Themen im übertragenen Wirkungskreis zu Engpässen, zumal ohnehin knappe Kapazitäten durch Urlaub oder Krankheiten zusätzlich belastet werden.

Herr Raue regte an, ein Gremium ähnlich dem Naturschutzbeirat einzurichten, um wichtige Themen – wie den baulichen Bevölkerungsschutz – gebündelt zu behandeln. Ein solcher Beirat könnte Informationen an die Stadtverwaltung weiterleiten, für Öffentlichkeitsarbeit sorgen und das Bewusstsein für solche Themen schärfen, um zu verhindern, dass sie in Vergessenheit geraten. Besonders relevant ist dies beim Bau öffentlicher Gebäude, wo bereits in der Planungsphase höhere Anforderungen an Massivität und Widerstandsfähigkeit gestellt werden sollten – etwa durch dickere Kellerwände. Da solche Kriterien und Regularien aktuell fehlen, müsste proaktiv auf zuständige Stellen (auch auf Bundesebene) zugegangen werden, um frühzeitig Standards zu setzen und mögliche Mehrkosten im Stadtrat zu kommunizieren.

zu 9 Anregungen

zu 9.1 Frau Dr. Burkert zu einer Spendensammlung

Frau Dr. Burkert regte an, eine Spende für die Crowdfunding-Aktion zu leisten, um einen automatisierten externen Defibrillator (AED) für den Ratshof zu finanzieren. Der Überschuss geht an die Jugendfeuerwehr in Halle.

zu 9.2 Herr Doege zu einer Ruhestörung

Herr Doege regte an, am Salzgrafenplatz vermehrt zu kontrollieren, da es erneut zu nächtlichen Ruhestörungen kam.

Herr Teschner nahm die Anregung auf.

zu 9.3 Herr Doege zu Sonderrechten der Polizei

Herr Doege regte an, die Polizei auf ihre Sonderrechte in Bezug auf Einbahnstraßen hinzuweisen.

Herr Teschner erklärte, dass Sonderrechte nicht automatisch Wegerechte bedeuten. Daher sei die Befahrung einer Einbahnstraße für die Polizei unter Umständen auch ohne Sondersignal erlaubt.

Es gab keine weiteren Anregungen.

Frau Prof. Dr. Dalbert bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Prof. Dr. Claudia Dalbert Ausschussvorsitzende	Sophia Waldowski stellv. Protokollführerin